

A N F R A G E von Barbara Marty Kälin (SP, Gossau)

betreffend Abstimmungskampagne Atom-Ausstiegs-Initiativen - Engagement von NOK/Axpo

Am 18. Mai 2003 kommen die eidgenössischen Volksinitiativen „Strom ohne Atom“ und „Moratorium plus“ zur Abstimmung. Gegen diese beiden Volksinitiativen läuft seit Monaten eine intensive Propaganda, die auch vor gesetzwidrigen Aktionen und unwahren Behauptungen nicht zurückschreckt (unzulässiger Werbespot in SF DRS, falsche Zahlen im Zusammenhang mit den SBB, unzulässige politische Werbung auf Bahnarealen etc.). Offenbar sind die NOK/Axpo-Holding an dieser Abstimmungspropaganda massgeblich beteiligt.

Die NOK/Axpo gehören den Ostschweizer Kantonen, folglich den gleichen Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern, die sich zu den Ausstiegsinitiativen äussern werden. Es ist höchst problematisch, wenn der Staat Mittel gegen oder für eine Volksinitiative einsetzt und es ist inakzeptabel, dass die Stromkonsumentinnen und -konsumenten über ein staatliches Monopol unfreiwillig eine Abstimmungskampagne mitfinanzieren, die nicht ihrem Stimmverhalten entspricht.

97/2003

Ich frage daher den Regierungsrat an:

1. Wie hoch ist das - direkte oder indirekte - finanzielle Engagement von NOK/Axpo im Abstimmungskampf um die Atom-Ausstiegsinitiativen?
2. Ist dem Regierungsrat bewusst, dass es sich dabei um Geld handelt, das die NOK/Axpo durch ihre Geschäftstätigkeit, insbesondere durch Stromverkauf, erworben haben; folglich um das Geld der Stromkonsumentinnen und -konsumenten? Hält es der Regierungsrat für angebracht, dass diejenigen Stromkonsumentinnen und -konsumenten, welche den Ausstieg aus der Atomenergie befürworten, die Abstimmungspropaganda ihrer Gegnerinnen und Gegner zwangsfinanzieren müssen?
3. Wird der Regierungsrat sich im Verwaltungsrat von NOK/Axpo dafür einsetzen, dass derartiges sofort gestoppt wird und auch in Zukunft nicht mehr möglich ist?
4. Ist der Regierungsrat bereit, im Sinne gleich langer Spiesse den gleichen Betrag, der direkt oder indirekt - beispielsweise über Gebühren und Minderauszahlung an Dividenden, durch Zuwendungen und Spenden, Mitgliederbeiträge an Branchenorganisationen, Personaleinsatz und Überlassen von Infrastrukturen - der Atomlobby zufloss, auch dem Komitee „Strom ohne Atom“ zukommen zu lassen?

Barbara Marty Kälin